

Billig-Euro für Exporteure?

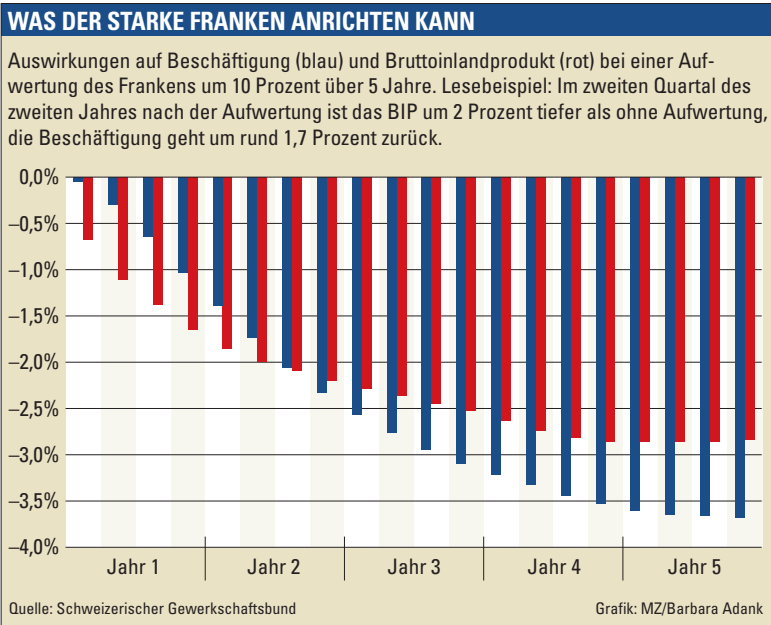
Gewerkschaftsbund fordert harte Massnahmen gegen die Devisenspekulation

Die Folgen der Frankenstärke seien für die Arbeiter bereits spürbar, sagen die Gewerkschaften. Jetzt gelte es, den Devisenspekulanten ein Bein zu stellen und einen «fairen» Eurokurs zu erzwingen.

MARCEL SPEISER
Der Eurokurs von rund 1.30 Franken drückt der Schweizer Exportwirtschaft und der Tourismusbranche langsam die Luft ab. Der schwache Dollar tut ein Übriges.

Der Leidensdruck ist bei einzelnen Firmen bereits so angewachsen, dass sie den Druck auf die Angestellten erhöht haben. «Einzelne Arbeitgeber wollen die Folgen der Wechselkursschwankungen auf die Arbeitnehmenden abwälzen», wetert Renzo Ambrosetti von der Unia. Er weiss von zwei konkreten Fällen, die eine «neue Variante von Lohndumping» betreiben würden:

- Eine Logistik-Firma aus dem Kanton Solothurn hat den Lohn von 120 Grenzgängern um 6 Prozent gekürzt. Begründung: der Euro-Kurs. «Inakzeptabel», sagt Ambrosetti.
- Ähnlich versucht eine Druckerei aus dem Kanton Schaffhausen, ihren neuen Lohnauszahlungsmodus zu erklären. Gemäss Ambrosetti wird der Lohn seit Anfang August in Euro ausbezahlt. Zur Umrech-



nung werde ein «willkürlicher» Kurs herangezogen. Die Firma streiche so einen Umrechnungsgewinn von rund 10 Prozent des geschuldeten Lohns ein. Dabei sei eine Lohnzahlung in Euro «illegal».

Um zu verhindern, dass noch mehr Firmen auf solche oder ähnliche Ideen kommen, fordert der Gewerkschaftsbund jetzt dringliche Massnahmen gegen die Frankenstärke. Erstens solle die Nationalbank wieder damit beginnen, gegen

die Eurostärke zu intervenieren. Allerdings nicht so wie in diesem Frühsommer, als sie stets betonte, gegen eine übermässige Aufwertung vorzugehen. «Das hat die Spekulanten bloss dazu eingeladen, auszutesten, was die SNB unter übermässig versteht», sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes. Das habe die Spekulation eher verstärkt als gebremst. Stattdessen solle die SNB ein Kursziel zum Euro definieren und dieses

«konsequent verteidigen». «Der faire Wert des Euro liegt irgendwo zwischen 1.45 und 1.50 Franken», sagt Lampart. In diese Richtung müsse auch die Nationalbank gehen.

Devisenhandel besteuern

Nützt das nichts, fordert der Gewerkschaftsbund härtere Massnahmen. Erstens solle die Devisenspekulation mit einer Steuer belegt und damit eingedämmt werden. Zweitens müssten die Fremdwährungsgeschäfte der Banken wie in den 1970er-Jahren regulatorisch eingeschränkt werden. Und drittens müsse sich der Bund überlegen, den Exportfirmen vorübergehend mit subventionierten Wechselkursen unter die Arme zu greifen.

Wie kommt der Gewerkschaftsbund zu diesen Ideen? Aus Angst vor den dramatischen Folgen einer anhaltenden Franken-Überbewertung. Laut Modellrechnungen von Lampart (siehe Grafik) führt ein Anstieg des Frankenkurses von 10 Prozent – also in etwa die aktuell reale Situation – in den kommenden Monaten und Jahren zu einem Wohlstandsverlust von über 2,5 Prozent oder 15 Milliarden Franken. Vor allem aber reduziert er die Beschäftigung um über 3,5 Prozent. Das würde ein Minus von 120 000 Stellen bedeuten.

Pariser Millionen für Schweizer Zahnärzte

Zahnarztzentrum.ch mit neuem Minderheitsaktionär

Die Deutschschweizer Zahnarztpraxen-Kette Zahnarztzentrum.ch setzt ihre Expansion mit der französischen G Square als Minderheitsaktionär an Bord fort.

Das Private-Equity-Unternehmen G Square aus Paris investiert 20 Millionen Franken in die Schweizer Kette und erwirbt damit einen Minderheitsanteil. Wie hoch die Beteiligung ist, wollte die Medienstelle gegenüber dieser Zeitung nicht konkretisieren. Die Kenntnisse im Gesundheitssektor und die Erfahrung als professioneller Investor machten G Square zum «bevorzugten Partner», wird Christoph Hürlimann zitiert. Er und seine Frau Sara Hürlimann sind Co-Geschäftsführer des Unternehmens Zahnarztzentrum.ch. Sie waren es auch, welche die Firma 2003 gegründet hatten. Sie umfasst gegenwärtig 12 Zentren in der Deutschschweiz und zählt 220 Beschäftigte.

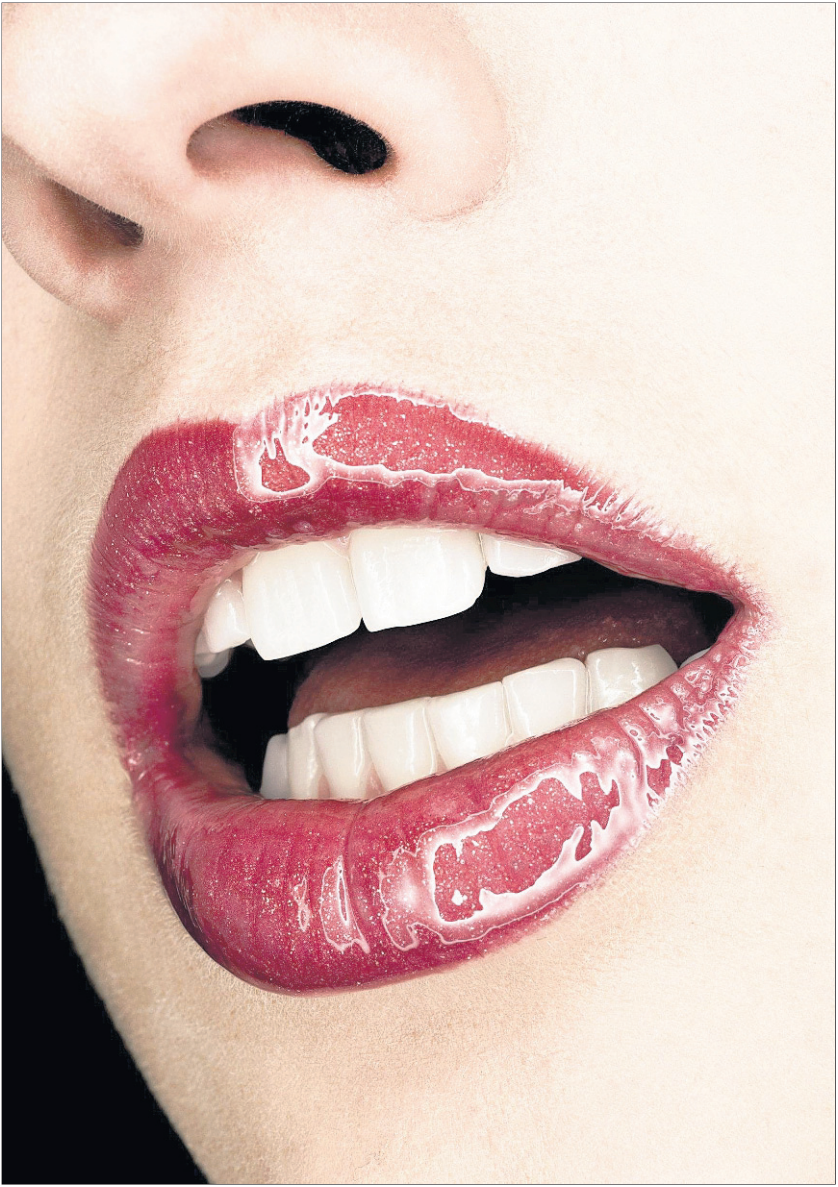
Klare Wachstumsstrategie

Seit der Gründung hätten sich mehr als 80 000 Patienten in einem der Zentren behandeln lassen. Die Kette bezeichnet sich als grösstes Unternehmen für zahnmedizinische Dienstleistungen in der Schweiz. Im laufenden

Jahr wird ein Umsatz von rund 36 Millionen Franken angestrebt. Zahnarztzentrum.ch setzt auf eine Wachstumsstrategie. Noch im laufenden Jahr folgt eine nächste Eröffnung in der Ostschweiz. 2011 werden ein nächstes Zentrum in Zug und ein weiteres in der Zürcher Innenstadt eröffnet.

Ebenfalls im nächsten Jahr ist der Schritt ins Ausland eingeplant: Ein erster Ableger wird in Schweden (Stockholm) eröffnet. Die Skandinavier stellten ähnliche Anforderungen an ihren Zahnarzt wie die Schweizer, begründete Sara Hürlimann. Langfristig seien aber auch Zentren in anderen nordischen Ländern möglich.

Mit der Partnerschaft mit G Square könne das Zahnarztzentrum.ch das Wachstum im Heimmarkt Schweiz und in ausgewählten europäischen Ländern beschleunigen. Laurent Ganem, Präsident und Gründer von G Square, wird zitiert, das Management des Schweizer Unternehmens sei fähig, die bisherige Erfolgsgeschichte in anderen europäischen Ländern zu wiederholen. Die Nachfrage nach hochstehenden Zahnarztleistungen an Tagesrandzeiten und am Wochenende würden weiter steigen, hielt das Unternehmen in einer Medienmitteilung fest. (RM)



HUNGRIG AUF EXPANSION Zahnarztzentrum.ch startet 2011 in Schweden. KEY

WIRTSCHAFT



MARKUS GISLER

«Basel III» führt zu zwei Klassen

Die neuen Bankregeln sind in den Augen vieler harmlos ausgefallen. Der Berg habe eine Maus geboren, meint etwas frei übersetzt die Financial Times. Dennoch werden sie zu gravierenden Veränderungen im Finanzsystem führen. «Basel III» stärkt just jene Banken, die ohnehin schon gut gepolstert dastehen und über ein solides Businessmodell verfügen. Dazu zählen im Fall von CS und UBS die stabilen Einnahmen aus der Vermögensverwaltung. «Basel III» macht das Eigenkapital zum Mass aller Dinge.

DIE FOLGE DIESER KONZENTRATION auf das Eigenkapital spaltet die Bankenwelt noch mehr als bisher in die wenigen ganz grossen und stabilen Häuser auf der einen Seite und auf der andern in den grossen Block mittlerer und mit Eigenkapital eher unterdotierten Geldhäuser. Die grossen und potenten werden die Gunst der (frühen) Stunde nutzen, ihre Eigenkapitalbasis sehr schnell an das verlangte Niveau anpassen und dadurch noch solider dastehen. Die andern müssen die gesetzte Frist bis 2019 bis zum letzten Tag ausnutzen, um das geforderte Eigenkapital zu beschaffen. Die unterschiedliche Geschwindigkeit verhilft den Grossen zu weiteren Wettbewerbsvorteilen. Banken wie Bank of America, Morgan Stanley, Goldman Sachs, CS und UBS, die spanische Santander, HSBC London oder die Deutsche Bank werden den Kern einer neuen Superklasse der Banken bilden.

NUR DIESE WERDEN noch in der Lage sein, bei den ganz grossen Finanzierungen mitzumachen, bei Infrastrukturbauten, bei Kraftwerken, bei Grossfusionen oder beim Vertrieb von Staatsanleihen. Diese Superbanken werden sich auch aus den Problemzonen heraushalten können, die sich namentlich rund um die Staatsanleihen gebildet haben. Diese Institute sitzen auch nicht auf griechischen, ungarischen oder irischen Anleihen und sie können es sich leisten, sich auch von Staatsanleihen aus Italien, Spanien, Grossbritannien oder den USA zu trennen.

OB UBS UND CS ihr Aktienkapital erhöhen oder ob sie das nötige Eigenkapital auf andere Weise beschaffen, wird nach dem Vorliegen des Entscheids der Expertenkommission festgelegt. Gemäss «Basel III» gelten die nachrangigen Anleihen nicht mehr als Kernkapital. Ausgleichen lässt sich dieses Manko entweder mit einer Aktienkapitalerhöhung oder mit der Einführung von Coco-Bonds, jenen Anleihen, die automatisch zu Eigenkapital werden, wenn dieses ein bestimmtes Minimum unterschreitet. Möglich ist auch, Gewinne den Reserven zuzuführen.

EINER ILLUSION ALLERDINGS dürfen wir uns nicht hingeben. Die nächste Krise wird die mittelgrossen Banken treffen, jene, die jetzt auf Staatsanleihen sitzen. Es werden Banken sein, die für sich betrachtet nicht systemrelevant sind. Weil aber eine Krise der Staatsanleihen wieder alle treffen wird, bleibt auch mit «Basel III» das allgemeine Systemrisiko bestehen.

Börse

Verschnaufpause an der Schweizer Börse hält an

Der Schweizer Aktienmarkt hat gestern leichter geschlossen. Händler sprachen von einer verlängerten Verschnaufpause. Der SMI schloss 0,50 Prozent tiefer auf 6434,01 Punkten. **Roche** rutschten mit minus 1,8 Prozent weiter zurück. **Novartis** (+0,5%) haben seit einigen Wochen eindeutig den Vorzug der Investoren vor der Basler Konkurrenz erhalten. **Nestlé** (–1,0%) verloren klar. Die **CS** sah ein Minus von 1,3 Prozent, **UBS** gingen hingegen um 0,2 Prozent nach oben und **Julius Bär** gewannen 0,1 Prozent. Deutliche Einbussen mussten **Richemont** (–1,2%) hinnehmen. (SDA)

Nachrichten

Hayek wie sein Vater

Wie sein verstorbener Vater kämpft Nick Hayek gegen die Macht der Banken an. In der Zeitung «Die Zeit» sagt er: «Die Börse sollte den Finanzinstituten aus der Hand genommen werden. Sie ist wie ein Casino, in dem der Betreiber selber am Roulettetisch sitzt.» Er sagt auch, «gewisse Banken» hätten das Image der Schweiz nachhaltig beschädigt. (MZ)

Lehrer Fünf Prozent mehr Lohn gefordert

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) fordert deutlich höhere Löhne für Lehrer. 2011 sollen die Reallöhne um 5 Prozent angehoben werden. Die grossen Lohndifferenzen zu vergleichbaren Berufen in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft müssten verkleinert werden. Die Unterschiede betragen 10 bis 85 Prozent. (SDA)

Vekselberg Prozess vor Bundesstrafgericht

Den Investoren Viktor Vekselberg, Georg Stumpf und Ronny Pecik droht eine Busse von je 40 Mio. Franken. Vor dem Bundesstrafgericht haben sie nun versucht, die Busse abzuwenden. Beim Einstieg bei OC Oerlikon sollen sie bei der Übernahme von zwei Aktienpaketen durch Vekselberg gegen die Gruppenmeldepflicht verstossen haben. (SDA)

Kaba Mehr Gewinn dank Massnahmen

Beim Sicherheitstechnik-Konzern Kaba machen sich die Umstrukturierungen bezahlt: Der Betriebsgewinn legte im Geschäftsjahr 2009/10 wieder um 8 Prozent auf 139,8 Mio. Fr. zu. Noch im Vorjahr war er um über einen Fünftel eingebrochen. Unter dem Strich blieb per Ende Juni ein Konzerngewinn von 86,9 Mio. Franken – ein Plus von fast einem Viertel gegenüber 2008/09. (SDA)

Orell Füssli Zukauf in Deutschland

Die Industrie- und Buchhandelsgruppe Orell Füssli stärkt ihr Chipkartengeschäft mit der Übernahme von Teilen der insolventen deutschen Böwe Cardtec. Die Tochter Atlantic Zeiser erwirbt per 1. Oktober Anlage- und Umlaufvermögen, bestehende Immaterialgüterrechte und Kundenbeziehungen und über die Hälfte der 60 Mitarbeitenden am Standort Paderborn. (SDA)